



Mittwoch, 24. Januar 2018, 14:58 Uhr
~8 Minuten Lesezeit

Angriff auf die Sowjetunion kein Verbrechen mehr?

In Russland wird dieser Tage des 75. Jahrestages des Sieges über die Hitler-Wehrmacht in Stalingrad gedacht. Was macht Deutschland?

von Ulrich Heyden
Foto: Photobrutto/Shutterstock.com

In Berlin scheint man zu hoffen, dass der Jahrestag möglichst still und schmerzlos vorübergeht. Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage (1) hervor, welche die stellvertretende Chefin der Linksfraktion, Sevim Dagdelen und andere Abgeordnete der Linksfraktion, am 20. Dezember 2017 einreichten. In ihrer Antwort erklärt die Bundesregierung, dass man den Krieg gegen die Sowjetunion nicht insgesamt als verbrecherisch

bezeichnen könne. Man müsse „Einzelfälle“ prüfen. Doch die Vernichtung der Stadt Stalingrad durch 600 deutsche Flugzeuge, die Spreng- und Brandbomben warfen, war kein Einzelfall. Tausende andere Städte und Dörfer der Sowjetunion wurden ausradiert oder schwer beschädigt. Darf man das nun nicht mehr sagen, nur weil Berlin behauptet, in der Ukraine werde die Demokratie aufgebaut?

Die größte Schlacht im Zweiten Weltkrieg

Der Kampf um Stalingrad dauerte vom 17. Juli 1942 bis zum 2. Februar 1943. Es war die größte Schlacht im Zweiten Weltkrieg. Die Verluste auf beiden Seiten waren unbeschreiblich. Genaue Zahlen gibt es nicht. Nach russischen Angaben wurden 487.000 Rotarmisten getötet und 650.000 verwundet. Auf Seiten der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten starben 300.000 Soldaten, 91.545 Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft, darunter 2.500 Offiziere, 24 Generäle und Generalfeldmarschall Paulus. Viele der deutschen Gefangenen starben in der Gefangenschaft in Folge von Krankheiten. Nur 6.000 der deutschen Kriegsgefangenen von Stalingrad kehrten in die Heimat zurück.

Nach dem Sieg der Roten Armee, übernahm diese die strategische Initiative. Die Menschen in deutschen Konzentrationslagern begannen zu Hoffen.

Nach dem Sieg von Stalingrad schickten Roosevelt und Churchill Glückwunschtelegramme an die sowjetische Führung. Der englische

König Georg VI. schickte Stalin einen Säbel, den dieser auf der Konferenz von Teheran mit beiden Händen in Empfang nahm und küsste. Auf dem Säbel waren die Worte eingraviert „für die Verteidiger von Stalingrad als Zeichen der Anerkennung vom britischen Volk“.

Zu den Schlüsselereignissen der Schlacht gehört der Angriff der deutschen Luftwaffe mit 600 Flugzeugen am 23. August 1942, bei dem 40.000 bis 90.000 Menschen **starben** (https://ria.ru/defense_safety/20170823/1500789141.html). Am gleichen Tag rückten deutsche Panzer bis auf einen Kilometer an die berühmte Traktorenfabrik von Stalingrad heran. Es begann ein erbitterter Kampf um die drei großen Rüstungsfabriken der Stadt, „Roter Oktober“, Traktor-Fabrik und Artillerie-Fabrik „Barrikade“, in der trotz der Kämpfe weiter produziert wurde.

Von der Traktorenfabrik fuhren die neuen Panzer – noch ohne Geschosse und nur mit einem Werksfahrer besetzt – direkt an die Front. Am 23. November 1942 schloss sich der Kessel um die deutsche 6. Armee. In der Stadt kämpften Rotarmisten und deutsche Soldaten nun Mann gegen Mann, mit Gewehren, Granaten und Messern, um jede Straße, um jedes Treppenhaus.

„Wir schliefen auf der flachen Erde“

Einer der Soldaten auf Seiten der Roten Armee war Aleksandr Glitschew. Er kämpfte seit Mitte August 1942 in einer Einheit von Aufklärern in einem Abschnitt 30 Kilometer westlich von Stalingrad. Dem Tod entrann Glitschew nur knapp. Am 14. Dezember 1942 durchbohrte ein Granatsplitter sein linkes Knie, ein anderer verfehlte sein Herz nur um Zentimeter. Es sei Zufall gewesen, dass er überlebt habe, erinnerte sich der alte Mann als ich ihn im Januar 2013 in seiner Wohnung im Westen von Moskau traf. Er sagte, „alles

im Krieg ist Zufall“.

Glitschew erzählte, wie er mit seinen Kameraden in Bombentrümmern Schutz suchte. „Meistens waren wir zu müde, uns selbst Löcher zu graben. So schliefen wir nachts auf der flachen Erde. Zu essen gab es bestenfalls einen Hirsebrei“.

Der damals 19 Jahre alte Rotarmist erinnerte sich genau an die Gerüche auf dem Schlachtfeld. „Da war der Geruch explodierender Granaten, der Geruch von Leichen, die niemand beerdigte, weil keine Zeit war, und der Geruch von wildem Wermut.“ Das Gewürzkraut blieb in seinem Gedächtnis haften, weil er das kniehohe Gewächs in dem heißen Sommer 1942 ständig vor der Nase hatte. Er robbte als Aufklärer fast den ganzen Tag durch die Steppe. Wer in dem flachen Gelände aufstand, war ein toter Mann, denn es gab nirgendwo Deckung.

Was er beim Anblick toter deutscher Soldaten fühlte? Glitschew schwieg lange. „Ich habe mich über keinen einzigen Toten gefreut. Jeder Gefallene, ob Russe oder Deutscher, hat in mir ein Gefühl der Bitterkeit ausgelöst. Umso unverzichtbarer war es, sich nach dem Krieg zu versöhnen.“

Gedenkveranstaltungen in russischen Städten

In Russland leben immer noch viele Kriegsveteranen. Im letzten Jahr waren es noch 1,8 Millionen. Die Veteranen werden im Mittelpunkt der diesjährigen Stalingrad-Gedenkveranstaltungen stehen.

In den Moskauer Stadtbezirken finden jeweils bis zu 60 Veranstaltungen statt. Es gibt Treffen mit Veteranen, Kranzniederlegungen, wissenschaftliche Vorträge und Konzerte.

Das Programm im Gebiet Wolgograd (dem ehemaligen Stalingrad) umfasst **200 Gedenkveranstaltungen**

(<http://www.volgograd.ru/news/172600/>). Am 24. Januar begann in Wolgograd eine internationale wissenschaftliche Konferenz. Am 2. Februar findet in der Stadt des historischen Sieges eine Militärparade und abends ein Gedenkkonzert statt.

„Verbrecherische Einzelfälle“

Skandalös ist die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linken-Abgeordneten. Inwieweit die militärischen Handlungen der Wehrmacht im Rahmen eines nicht-provozierten Angriffes und Vernichtungskrieges „grundsätzlich als verbrecherisch einzustufen sind“, wollten die Abgeordneten wissen.

Darauf **antwortet** (<https://www.sevimdagdelen.de/wp-content/uploads/19-302-Gedenken-an-den-75.-Jahrestag-des-Sieges-der-Roten-Armee.pdf>) die Bundesregierung am 17. Januar, “die Einordnung damaliger militärischer Handlungen der Wehrmacht als verbrecherisch im strafrechtlichen Sinne ist einzelfallbezogen vorzunehmen. Als verbrecherisch könnten Handlungen konkreter Täter einzustufen sein, die gegen anwendbares Recht verstießen, insbesondere Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Es verschlägt einem die Sprache, wie schnell die Bundesregierung, die in den 1980er Jahren gewonnene Einsicht über den Vernichtungskrieg an der Ost-Front mit 3,3 Millionen verhungerten sowjetischen Kriegsgefangenen nun in die Kategorie "Einzelfälle" zurückstuft.

„Unwürdig und beschämend“

Die stellvertretene Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, Sevim Dagdelen erklärte gegenüber Rubikon, „die Angriffe der Wehrmacht auf Stalingrad waren ein Verbrechen wie alle militärischen Handlungen der Nazi-Wehrmacht im Rahmen des verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion und ihre Menschen. Da gibt es kein Vertun und keine ‚einzelfallbezogene‘ Abwägung.“ Die Abgeordnete verweist darauf, dass der Sieg der Roten Armee in Stalingrad „ein entscheidender Schritt zur Befreiung von der Nazi-Diktatur“ war. „Er war ein Triumph, der neue Hoffnung spendete und letztlich unsere Geschichte, die europäische, ja die Weltgeschichte zum Positiven verändert hat. Dass die Bundesregierung daran mit keiner Silbe erinnern will, ist unwürdig und beschämend. Es ist ein geschichtspolitischer Offenbarungseid.“

Mit ihrer Anfrage hatten die Abgeordneten der Linken offenbar versucht herauszufinden, ob die Bundesregierung den 75. Jahrestag nutzt, um Geschichtsbewusstsein und Verantwortung zu stärken, ob sie versucht Geschichtsklitterung und grassierendem Rechtsextremismus in der Bundeswehr entgegenzuwirken.

Die Antwort auf die Kleine Anfrage macht klar, dass die Bundesregierung den 75. Jahrestag verstreichen lassen will, ohne ihn für eine breite Aufklärung zu nutzen. Spezielle Veranstaltungen zum Thema Stalingrad sind nicht geplant. Allerdings plane das Zentrum für Militärgeschichte der Bundeswehr die Präsentation neuer Bücher zum Thema. Der deutsche Botschafter in der Russischen Föderation „beabsichtige“ an einer Gedenkveranstaltung in Wolgograd teilzunehmen. Das klingt nach einer Pflichtübung ohne Emotion.

Anlässlich des 70. Stalingrad-Jahrestages – nur wenige Monate vor dem Beginn des Bürgerkriegs in der Ukraine – hatte sich das offizielle Deutschland noch etwas einfallen lassen. In Wolgograd waren die Symphonieorchester von Osnabrück und Wolgograd in

einem gemeinsamen Konzert aufgetreten. „Das Konzert kam bei der Bevölkerung ausgesprochen gut an und konnte einen deutlichen Akzent in Richtung Versöhnung und Zukunft setzen“, hieß es damals in einem **Bericht**

(<http://www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/02-mosk/3-botschafter/wolgograd.html>) der deutschen Botschaft. Ob das Wort Aussöhnung von deutscher Seite in diesem Jahr überhaupt Verwendung findet? Angesichts des Tons, den die Bundesregierung in ihrer Antwort an die Abgeordneten anschlägt, wäre das eine Überraschung.

Die Worte von Bundespräsident Weizsäcker einfach beiseite gewischt

Was zeigt die Antwort der Bundesregierung? Der Autor dieser Zeilen hat den Eindruck, dass Berlin an die Positionen während des Kalten Krieges in den 1950er und 1960er Jahren anknüpft. Damals war in Westdeutschland offiziell nur von verbrecherischen "Einzelfällen" an der Ostfront die Rede. Die große Masse der Soldaten habe sich an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung nicht beteiligt, hieß es in den Medien und am Tisch der Familie.

Dass eine ganze Armee die Sowjetunion ohne Vorwarnung überfiel und mit einem verbrecherischen Vernichtungskrieg überzog, wurde in der Bundesrepublik erst ab Mitte der 1980er Jahre von Teilen der westdeutschen Elite als Fakt angenommen und auch öffentlich ausgesprochen. Ein Durchbruch in Richtung zur bitteren Wahrheit war die **Rede**

(http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Redde.html) des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der am 8. Mai 1985 erklärte, der 8. Mai sei „ein Tag der Befreiung“.

Weizsäcker erwähnte die „unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben“. Er sagte, „die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion.“ Er sagte auch „wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben.“

Beim Lesen dieser Zeilen fragt man sich, warum ist die Solidarität mit der komplett gescheiterten Putsch-Regierung in Kiew so wichtig, dass man von geschichtlicher Verantwortung gegenüber Russland nun nichts mehr wissen will? Steht die geschichtliche Verantwortung einem größeren Ziel, dem Sturz von Putin im Wege? Muss Putin deshalb mit immer neuen Vorwürfen verteufelt werden, weil sich noch zu viele Deutsche der geschichtlichen Verantwortung gegenüber Russland bewusst sind? Sind einfach noch nicht Alle weichgekocht und kriegsbereit?

„Ich will einen Sohn und eine Tochter“

Mein eingangs erwähnter Gesprächspartner, Aleksandr Glitschew, verstarb im November 2014 im Alter von 91 Jahren. Glitschew hat etwas Kostbares hinterlassen, ein Buch mit Erzählungen über den Krieg und die Zeit danach. In einer der Geschichten, erzählt er von Mascha, einer Krankenschwester, die seinen Aufklärungstrupp begleitete. Mascha war 19 und damit so alt wie die meisten Soldaten der Einheit. Eines Nachts sollte ein Hügel gestürmt werden, um MG-Stellungen der Deutschen auszuschalten. Mascha sagte, „Kinder, ich warte auf euch. Kommt zurück. Mit Gott.“ Glitschew notiert in seinem Buch: „Warum sie ‚mit Gott‘ sagte, wussten wir nicht und nahmen es hin. Vermutlich wusste sie es selbst nicht.“ Von der Operation kehrten die Soldaten mit etlichen Verwundeten

zurück. Glitschew selbst war schwer am Bein verletzt und wurde von Mascha verbunden. Wochen später lag sie selbst schwer verwundet auf einer Krankentrage. Glitschew notierte: „Sie ist leichenblass, stöhnt und flüstert immer wieder, ‚ich will einen Sohn und eine Tochter‘. Dann rollen ihr Tränen übers Gesicht. Am Morgen ist sie tot. Über der Steppe steigt mit frohem Licht die Sonne auf.“

Quellen und Anmerkungen:

(1) <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/003/1900302.pdf>
(<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/003/1900302.pdf>)

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.



Ulrich Heyden, Jahrgang 1954, lebt seit 1992 in Moskau, von wo er als akkreditierter Korrespondent für deutschsprachige Medien wie die **taz**, **Deutschlandfunk**, **Rheinischer Merkur**, **Die Presse**, **Sächsische Zeitung** und **Die Wochenzeitung** (Zürich) berichtete. Zwischen 2014 und 2022 verlor er im deutschsprachigen Raum fast alle Kunden. Heute berichtet er für **Rubikon**, jetzt **Manova**, **Nachdenkseiten**, **Junge Welt**, **RT DE** und auf einem eigenen **YouTube**-Kanal. Er ist Mitautor des Buches „Opposition gegen das System Putin“, Autor des Buches „Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die

Ukraine“, Co-Regisseur des Films „Lauffeuer“ über den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa und Autor der Bücher „Wer hat uns 1945 befreit?“, „Wie Deutschland gespalten wurde“ und „Der längste Krieg in Europa seit 1945“. Weitere Informationen unter www.ulrich-heyden.de (<http://www.ulrich-heyden.de/>).

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz (Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.